Jürgen Radtke
Stadtrat

Stadt Unterschleißheim
Herrn 1. Bürgermeister
Christoph Böck

Unterschleißheim, 14.06.2023

Antrag

Kommunale Verpackungsabgabe für Unterschleißheim erheben

Wir beantragen die rasche Prüfung zur Erhebung einer Verpackungssteuer und bitten die Verwaltung ein konkretes Vorgehen vorzuschlagen.

Begründung
Am 24.05.2023 hat das Bundesverwaltungsgericht Leipzig entschieden, dass Tübingen eine kommunale Verpackungssteuer erheben darf. (https://www.bverwg.de/pm/2023/40)
Das Bundesverwaltungsgericht die Rechte und Möglichkeiten der Kommunen gestärkt. Demnach ist eine Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen als lokale Steuer erlaubt.

- Einweg vergeudet Energie und Ressourcen. Die Wiederverwendung der Wertstoffe ist nach wie vor mangelhaft. Es gibt erprobte Mehrweg-Systeme. Sie funktionieren. Mehrweg muss der Standard werden.
  Die seit 1. Januar bundesweit geltende Mehrwegangebotspflicht für Essen und Getränke zum Mitnehmen ist ein guter erster Schritt. Aber sie hat einen Webfehler: Es fehlen die Anreize zur Nutzung von Mehrweg. Die kommunale Verpackungssteuer schafft diesen Anreiz.
- Wir haben in unseren Antrag **"Unterschleißheim startet Klimaoffensive"** vom 25.07.2019 bereits als eine Maßnahme die Proaktive Reduzierung von Plastikverpackung und die Entwicklung einer „zero waste"-Strategie vorgeschlagen.
- Die Einnahmen aus der kommunalen Verpackungsabgabe können wir sehr sinnvoll als Ausgleich für die Stadtwerke einsetzen, die den anfallenden Verpackungsmüll entsorgt.

Jürgen Radtke, Stadtrat
BÜNDNIS 90/Die Grünen